

KURZ UND PRÄGNANT

Dank für die Arbeit der Feuerwehren

Mit Blick auf den Brand- und Katastrophenschutzbericht 2016, der kürzlich vorgestellt worden war, hat MdL Steffen Dittes (LINKE) das ehrenamtliche Engagement der tausenden Feuerwehrangehörigen in Thüringen gewürdigt und für die geleisteten Einsätze gedankt. „Gerade auch angesichts der sinkenden Zahl von Feuerwehrleuten werden wir die begonnenen Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes in der Feuerwehr weiter ausbauen. Die Attraktivität der Ausbildung in der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschulung ist auch davon abhängig, ob das hohe Niveau durch die dafür notwendige sachliche und personelle Ausstattung gesichert bleibt“, so der LINKE-Innenexperte. Zur Zukunftssicherheit gehöre ebenso, „die Strukturen der für den örtlichen Brandschutz verantwortlichen Gemeinden so zu entwickeln, dass sich flächendeckend in Thüringen jeder Mensch darauf verlassen kann, im Falle eines Brandes Hilfe durch die Feuerwehr zu erhalten“.

Moratorium zu Kleinkläranlagen

Die Landesregierung arbeitet an einer Neufassung des Thüringer Wassergesetzes. Damit soll im ländlichen Raum das Solidarprinzip in der Abwasserentsorgung wieder eingeführt und die von der CDU 2009 geschaffene Regelung, Bürger zum Bau von Kleinkläranlagen zu verpflichten, beendet werden. Da für die sehr komplizierte Änderung des gesamten Wasserrechts noch Abstimmungsbedarf besteht, auf der anderen Seite jedoch immer mehr Bürger einen Bescheid zur Errichtung einer privaten Kläranlage erhalten, wollte die Koalition für ein Aussetzen der vorliegenden Bescheide sorgen.

„Die CDU-Fraktion verhinderte dies, indem sie die Aufnahme eines entsprechenden Beschlusses auf die Tagesordnung des Landtages am 30. August verweigerte. Wie in der Debatte deutlich wurde, zielt diese Verweigerung der CDU direkt auf die bevorstehende Bundestagswahl ab, um von ihren eigenen Versäumnissen abzulenken. Das ist allerdings ein schäbiges Manöver, das zulasten der Betroffenen geht. Schließlich handelt es sich um CDU-Gesetzgebung, die wir ändern wollen. Seit 2009 hätte die CDU Zeit gehabt, das Wassergesetz wieder zum Wohl der Menschen im ländlichen Raum zu ändern“, erklärten Tilo Kummer (LINKE), Dagmar Becker (SPD) und Roberto Kobelt (GRÜNE).

Für einen intensiven, ergebnisoffenen Dialog

Neuer Innenminister Georg Maier/Staatssekretär wird Landtags-Vize Uwe Höhn (SPD)

Recht zügig wurden in der Thüringer Landesregierung weitere Personalveränderungen vollzogen. Nach der Bekanntgabe der Entlassung von Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) am 30. August stellte der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bausewein am gleichen Tag seinen Vorschlag für die Neubesetzung vor: Der bisherige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Georg Maier. Dieser wurde kurz darauf, zu Beginn der Landtagssitzung, vereidigt.

„Die Entscheidung von Holger Poppenhäger, aus dem Amt zu scheiden, nehmen wir mit Respekt zur Kenntnis. Ich möchte Holger Poppenhäger für seine Arbeit als Innenminister danken. Er hat in einem komplexen Zuständigkeitsbereich, wie dem Innenministerium, wichtige thematische Impulse in den Bereichen Kommunales, Polizei und Feuerwehr etc. gegeben“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zum Minister-Wechsel im Innenministerium.

Holger Poppenhäger habe sich als streitbarer Partner erwiesen, der auch in schwierigen Zeiten seine inhaltlichen Positionen nicht in den Wind gehangen habe.

„Der Amtsnachfolger Georg Maier hat sich in seiner bisherigen Tätigkeit im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft bewährt und wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung Thüringens geleistet. Es ist sicher davon auszugehen, dass er das Amt des Innenministers, das gegenwärtig mit sehr komplexen inhaltlichen und politischen Herausforderungen aufwartet, mit der dafür notwendigen konzeptionellen Stärke, dem entsprechenden politischen Weitblick und der dafür notwendigen Durchsetzungskraft wahrnehmen wird. Wir wünschen ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben eine glückliche Hand. DIE LINKE wird ihm dabei unterstützend zur Seite stehen“, so Susanne Hennig-Wellsow.

Das Gleiche betrifft den Personalvorschlag für die neue geschaffene Stelle eines Staatssekretärs zur Umsetzung der Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen: Uwe Höhn, bis dato Landtagsvizepräsident.

In der vergangenen Legislatur war er Fraktionsvorsitzender der SPD sowie zum Ende der Koalition mit der CDU auch bereits Wirtschaftsminister. Er gilt als erfahrener Kommunalpolitiker. Maier und Höhn wollen „in einen intensiven und ergebnisoffenen Dialog mit der kommunalen Verantwortungsebene und den Bürgerinnen und Bürgern eintreten“.



Nach der Vereidigung von Georg Maier als neuer Thüringer Minister für Inneres und Kommunales durch den Landtagspräsidenten ist Ministerpräsident Bodo Famelow der erste Gratulant.
Foto: Peter Lahn

Sich zuspitzende, immer hemmungslosere Stimmungsmache

Mehrere Vorkommnisse politischer Gewalt besonders in diesen Wochen in Thüringen waren Anlass, dass sich der Landtag in seiner August-Sitzung mit dem Thema beschäftigt.

Zuletzt war die Vizepräsidentin des Landtags Margit Jung (LINKE) Opfer eines Übergriffs in ihrem Wahlkreisbüro in Gera geworden. Der Täter hatte Informationsmaterial der Linkspartei über die AfD dabei.

Dazu erklärte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow: „Ich bin entsetzt über die gewalttätige Attacke von einem offenkundigen AfD-Sympathisanten. Dies macht deutlich, dass die aggressive Rhetorik der AfD, ihre unverhohlene Hetze und das Schüren von Hass zu Übergriffen führen, für die sich die AfD in Verantwortung nehmen lassen muss. Der Rechtsruck hat konkrete Folgen.“

Die LINKE-Politikerin warnte vor der sich offenbar zuspitzenden, immer hemmungsloseren Stimmungsmache im Wahlkampf. „Wenn in diesem Zuge Menschen attackiert werden, ist das

eine Bedrohung für unsere offene, pluralistische Gesellschaft. Das geht uns alle an. Die politische Auseinandersetzung darf nie in Hass und Gewalt münden!“ DIE LINKE werde sich von solchen Attacken nicht einschüchtern lassen und weiter offen gegen rechtspopulistische, rassistische und menschenverachtende Positionen eintreten.

Mit Hinweis auch auf die Tatsache, dass im letzten Jahr 43 Angriffe auf Abgeordnetenbüros verübt wurden, also fast wöchentlich einer, hatte Landtagspräsident Christian Carius (CDU) u.a. gesagt: „Die Verrohung der Sitten im politischen Meinungsstreit hat eine neue Dimension erreicht. So kann und darf es nicht weitergehen, genug ist genug. Ich sage es nochmal: Volksvertreter sind keine Fußabtreter.“

Carius forderte, dass deutschlandweit die Aufklärungsquote bei politisch motivierten Angriffen steigen müsse und erklärte: „Die Landesregierung kann und muss die Strafverfolgungsbehörden in Thüringen entsprechend ausstatten, damit solche Straftaten wirkungsvoll verfolgt werden können.

Wegschauen geht jedenfalls nicht. Wir reden nicht von Kavaliersdelikten.“

Auf die Frage, ob der Landtag als Gesetzgeber tätig werden könne, sagte der Präsident: „Ich kann mir vorstellen, den Straftatbestand des ‘Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte’ auf Abgeordnete und ihre Büros auszuweiten. Dafür müsste das Strafrecht auf Bundesebene geändert werden. Diese zusätzliche Strafandrohung würde unterstreichen, dass ein Angriff auf einen Abgeordneten auch ein Angriff auf unsere Demokratie ist. Allerdings stellt das nur eine Maßnahme von vielen dar. Zu allererst sollten wir unsere Verantwortung als Volksvertreter sehr ernst nehmen.“

Christian Carius kündigte an, er werde als Vorsitzender der Landtagspräsidentenkonferenz die Angelegenheit dort thematisieren und sich mit den Präsidentinnen und Präsidenten der anderen Landtage und des Bundestages weiter beraten. „Wir dürfen Konflikte zuspitzen, aber die Polarisierung unserer Gesellschaft dürfen wir nicht weiter anheizen“, sagte er.